

ÖJZ aktuell ..... 145

Verwaltungsverfahren praktisch

→ Checkliste: Beschwerdeentscheidung und Vorlageantrag ..... 149

Der Gesetzgeber wollte Behörden – vergleichbar mit der Berufungsvorentscheidung gem § 64 a AVG – in § 14 VwGVG die Möglichkeit einräumen, sich im Rahmen der Beschwerdeentscheidung (BVE) selbst ein weiteres Mal mit der Sache zu befassen. Nach dem Vorbild der BAO kann die belangte Behörde den angefochtenen Bescheid aufheben, abändern oder die Beschwerde zurückweisen oder abweisen. Die BVE räumt der Behörde daher zum einen die Möglichkeit ein, ihre Entscheidung – im Rahmen einer Selbstkontrolle – nachzuschärfen sowie weitere Ermittlungshandlungen durchzuführen. Zum anderen dient die BVE der Verfahrensökonomie, weil sich die mit dem Sachverhalt vertraute Behörde noch einmal mit dem Akt befassen kann, um leicht erkennbare Fehler in einer „zweiten Chance“ zu beheben. Dies soll vor allem eine schnelle und kostengünstige Rechtsschutzmöglichkeit schaffen und die VwG entlasten. Gegen die BVE steht den Parteien des Verfahrens das Rechtsmittel des Vorlageantrags gem § 15 VwGVG zur Verfügung. Nicht beschwerdeführende Parteien haben in diesem Rechtsmittel ihre Beschwerdegründe und ihr Begehren geltend zu machen. Beschwerdeführer hingegen müssen in ihrem Vorlageantrag lediglich das Begehren vorbringen, dass die Sache dem VwG vorgelegt wird. Diese Checkliste schafft einen Überblick über das System der BVE und des Vorlageantrags und soll Rechtsanwendern als Orientierungshilfe dienen.

Von Eva-Maria Kittl und Sebastian M. Kutsche

Beiträge

→ Das Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz (Teil I) ..... 151

Grundüberlegungen, Anwendungsbereich, Vorvertragliches, Bonitätsprüfung

Das im November 2015 im Nationalrat verabschiedete und am 16. 3. 2016 in Kraft tretende Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz (abgekürzt: HIKrG BGBl I 2015/135) dient der Umsetzung der zivilrechtlichen Regelungen der Wohnimmobilienkredit-Richtlinie 2014/17/EU. Der Beitrag will zusammen mit einem weiteren Aufsatz, der im nächsten Heft der ÖJZ erscheinen wird, einen ersten Überblick über die neue Gesetzesvorschrift vermitteln; diese Beiträge können freilich – zur Wahrung des zeitschriftenüblichen Umfangs – bei den einzelnen Rechtsinstituten des neuen Gesetzes nicht in die Tiefe gehen. Im Zuge dieser „Tour d’horizon“ werden auch immer wieder die korrespondierenden Regelungen des VKrG vergleichend in den Blick genommen, zumal es sich bei diesem Gesetz ja gleichsam um die „ältere Schwester“ des HIKrG handelt.

Von Johannes Stabentheiner

→ Anwaltsgeheimnis: Wirkung und Fernwirkung des Umgehungsverbots ..... 159

Zugleich Anmerkung zu OLG Linz 7 Bs 188/15 v

Bestimmte privilegierte Berufsgruppen, darunter Rechtsanwälte, müssen ihre berufsbedingten Geheimnisse auch den Strafverfolgungsbehörden nicht preisgeben: Sie genießen ein Aussageverweigerungsrecht, das bei sonstiger Nichtigkeit nicht umgangen werden darf. In jüngerer Zeit wurde vermehrt über diesen Schutz diskutiert. Das OLG Linz hat jüngst über die Fernwirkung des Umgehungsverbots entschieden. Diese Entscheidung wird in diesem Beitrag näher beleuchtet, vor allem aber zum Anlass genommen, die unmittelbare Reichweite des Umgehungsverbots abzustecken, insb im Hinblick auf Unterlagen, in denen berufliche Geheimnisse zum Ausdruck kommen.

Von Ingeborg Zerbes

Evidenzblatt

→ Europäisches Zivilverfahren ..... 164

OGH 30. 7. 2015, 8 Ob 67/15 h

22: Die Anleiheemission ist kein Akt iure imperii

Mit Anmerkung von Thomas Garber

→ Sachenrecht ..... 168

OGH 19. 3. 2015, 1 Ob 239/14 z

23: Lärm beim Bau einer Schnellstraße kann unzulässig sein

Mit Anmerkung von Erika Wagner

→ Schadenersatzrecht ..... 171

OGH 8. 6. 2015, 2 Ob 59/15 p

24: Die aktive Schwarzfahrt

→ Schuldrecht . . . . .	175
OGH 21. 5. 2015, 1 Ob 43/15 b 25: Anlageberater als Erfüllungsgehilfe der Bank	
→ Wohnungseigentumsrecht . . . . .	178
OGH 29. 6. 2015, 6 Ob 3/14 f 26: Der Verwalter zwischen Mehrheit und Minderheit	
→ Strafprozessrecht . . . . .	180
OGH 17. 9. 2015, 11 Os 113/15 z 27: Glaubhaftigkeit von Zeugen	
→ Strafrecht . . . . .	182
OGH 14. 9. 2015, 17 Os 11/15 v 28: Missbrauch der Amtsgewalt bei Vertrauen auf alsbaldige Rechtsänderung	

## EvBI-Leitsätze

→ Außerstreitverfahren . . . . .	185
OGH 25. 9. 2015, 6 Ob 157/15 d 25: Beendigung oder Einstellung der Sachwalterschaft	
OGH 23. 11. 2015, 5 Ob 227/15 s . . . . .	186
26: Vorläufige Zulässigerklärung einer Maßnahme des KJHT ist unanfechtbar	
→ Familienrecht . . . . .	186
OGH 1. 10. 2015, 10 Ob 56/15 f 27: Unterhaltsvorschuss (UV) trotz Mitbetreuung im Haushalt des Geldunterhaltsschuldners	
→ Schadenersatzrecht . . . . .	187
OGH 24. 11. 2015, 1 Ob 192/15 i 28: Den Makler trifft eine umfassende Beratungs- und Aufklärungspflicht	
→ Wohnungseigentumsrecht . . . . .	187
OGH 23. 11. 2015, 5 Ob 206/15 b 29: Bis zu gegenteiliger Weisung kann Verwalter die Höhe der Rücklage festlegen	
→ Zivilverfahren . . . . .	188
OGH 29. 9. 2015, 8 Ob 23/15 p 30: Grenzen des Zeugnisverweigerungsrechts	
→ Strafprozessrecht . . . . .	188
OGH 27. 10. 2015, 11 Os 65/15 s 31: Blickwinkel entscheidet über „Richtigkeit“ der Rechtsbelehrung	
OGH 25. 11. 2015, 13 Os 88/15 p . . . . .	189
32: Sogenannte Gesetzesbeschwerde ersetzt subjektives Recht auf Normanfechtung gegenüber Strafgericht	

## Sprache und Recht

→ Sprache und Recht . . . . .	191
Von Michael Rami	

## Kosten

→ Kostenseitig . . . . .	192
Von Josef Obermaier	

## Standards

→ Impressum . . . . .	148
→ Buchbesprechungen . . . . .	189